

HEIDRUN KÄMPER

SPRACHLICHE UMBRÜCHE DES 20. JAHRHUNDERTS – ÜBERLEGUNGEN ZU EINEM VORLÄUFIGEN ABSCHLUSS

1. Vorbemerkung

Um es gleich zu sagen: Ohne das Wohlwollen und die Zuversicht des hier zu Ehrenden gäbe es heute den Arbeitsbereich 'Sprachliche Umbrüche des 20. Jahrhunderts' nicht als Themenschwerpunkt der Abteilung Lexik am IDS. Nachdem Gerhard Stickel der Autorin die Möglichkeit einräumte, einen Drittmittelantrag bei der DFG zu stellen, waren die Bedingungen zu Beginn und Fortgang, soll heißen: zur empirischen Untersuchung dreier Umbruchphasen des 20. Jahrhunderts (1918-1925, 1945-1955, 1967/68), geschaffen. Alle drei Drittmittelanträge wurden bewilligt, und aus den drei Projekten ging eine große Zahl von Publikationen hervor (u.a.: Kämper 2005, 2007, 2008, 2011a, 2011b, 2013, 2014). Es liegen zwei Monografien, zahlreiche Aufsätze, zwei Wörterbücher vor, die als Diskurswörterbücher einen neuen Typ darstellen – jeweils in einer Print- und in einer Online-Version. Ein drittes Wörterbuch, zum Demokratiediskurs in der frühen Weimarer Republik, wird 2018 in der Online-Version abgeschlossen. Das Konzept wurde in der Lehre erprobt und die jeweiligen Ergebnisdarstellungen wurden medial begleitet. Ein Tagungsnetzwerk ist aus dem Projekt heraus entwickelt und gegründet worden, das jährlich (2016 zum 6. Mal) interdisziplinäre Zugänge aus der Perspektive des Diskurses diskutiert und dokumentiert, aus diesem wiederum ist ein speziell an den wissenschaftlichen Nachwuchs adressiertes Netzwerk entstanden.

Mit anderen Worten: Der Arbeitsbereich ist empirisch, konzeptionell und methodologisch einschließlich einer Habilitation (Kämper 2005) und zweier abgeschlossener Dissertationen (Seidenglanz 2014; Mell 2015) ordentlich wissenschaftlich verwertet. Dass auf diesem rund fünfzehn Jahre dauernden Weg weitere Unterstützer im IDS hinzukamen (zuallererst der Nachfolger Gerhard Stickels, Ludwig M. Eichinger, dem ebenfalls in höchstem Maß zu danken ist), versteht sich von selbst. Die Möglichkeit eröffnet aber hat Gerhard Stickel.

Auch auf die Fortführung ist zu verweisen: „Sprache 1933 bis 1945“ ist ein neues Teilprojekt. Seit Oktober 2015 wird ein digitalisiertes Textkorpus aufgebaut und Anfang 2017 wird voraussichtlich mit der Auswertung begonnen.

Nachdem die Auswertungen und Ergebnisse der ersten drei Teilprojekte jeweils empirisch dargestellt und beschrieben sind, steht nunmehr eine Art Zusammenfassung aus, die den Bogen über das 20. Jahrhundert spannt und die Umbrüche in dessen zeitlichem Kontinuum bewertet. Überlegungen zu diesem Vorhaben werden im Folgenden formuliert.

2. Demokratie als System wechselnder Wissensbestände – eine sprachliche Institutionengeschichte

Die Bindung von sprachlichen Umbrüchen an politische Wechsel gibt einer sprachlichen Umbruchgeschichte des 20. Jahrhunderts die Perspektive der 'Demokratisierung' (was 'Entdemokratisierung', siehe 1933, einschließt). Es ist dies die politisch-gesellschaftliche Grundidee des 20. Jahrhunderts, die sich nicht nur als ereignisgeschichtliches, sondern auch als sprach-, mentalitäts- und diskursgeschichtliches Leitphänomen manifestiert. Der Zusammenhang von gesellschaftlich-politischen Wechseln und sprachlichen Umbrüchen ist der Zusammenhang zwischen Demokratisierungs- bzw. Entdemokratisierungsvorgängen der Gesellschaften des 20. Jahrhunderts und der sprachlichen Manifestationen dieser Prozesse.

Demokratisierung bzw. Entdemokratisierung bedeutet: wechselnde Status der Institution Demokratie im Sinn eines Wissenssystems, m.a.W. wechselnde Bestände derjenigen Instanzen, deren Summe das Wissenssystem der Institution 'Demokratie' bildet, die in lexikalisch-semanticischer Hinsicht die Elemente des Konzepts 'Demokratie' darstellen und die im Diskurs konstituiert werden. Wir sprechen von 'Demokratie' als Wissenssystem, und stellen die Konstituenten dieses Systems als Repräsentationen zum einen historischer Wissensbestände, zum andern als im Zuge der Demokratisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts neu konstituierten Wissens dar.

2.1 Perspektive Diskurs

Das Interesse einer zeitgeschichtlichen Diskurslinguistik gilt der sprachlich-diskursiven Repräsentation von gesellschaftlich-politischen Gegenständen. Ihr Ziel ist die Erklärung der sprachlichen Ordnung dieser Diskurse in ihrer historischen, kulturellen und gesellschaftlichen Prägung. Diese je spezifischen gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten des Kontextes bezieht zeitgeschichtliche Diskurslinguistik als Gebrauchsbedingungen ein. Diskurse, also öffentliche Thematisierungen von einer Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum interessierender Ereignisse, Sachverhalten, Gegenständen, sind in dieser Perspektive Archive von durch die jeweils spezifischen (historischen, gesellschaftlichen, politischen) Bedingungen jeglichen Sprechens geprägten Ausdruckseinheiten.

Eine sprachliche Umbruchgeschichte ist nicht anders als aus der Diskursperspektive zu konzipieren. Denn der Diskurs ist diejenige Perspektive, die nicht nur plötzliche sprachliche Veränderungen sichtbar macht. Als sprachliche Manifestation eines neuen Themas ist der Diskurs darüber hinaus selbst ein Umbruchphänomen, das Wissensbestände verändert.

2.2 Institution 'Demokratie' – Die Kategorien Searles

Institutionentheorien beschreiben ihren Gegenstand als norm- und wertbezogene gesellschaftliche Instanz und Form sozialen Handelns. Mit dieser sozialen Dimensionierung von 'Institution' ist gleichzeitig ein Zusammenhang zwischen Institution und Diskurs hergestellt: Institutionen sind ein kollektiv geschaffenes Phänomen, was bedeutet, dass Institutionen Produkte von Diskursen sind. Sie werden im Zuge sozialer kollektiver Interaktion geschaffen. Ergebnis dieser Interaktion ist ein Regelsystem, das „automatisch die Möglichkeit institutioneller Tatsachen schafft“. Institutionelle Tatsachen existieren „im Rahmen von Systemen konstitutiver Regeln“ (Searle 2012, S. 24).

Im Sinn Searles werden Institutionen sprachlich, und nur sprachlich, geschaffen. Denn: Entscheidend für die Schaffung eines Regelsystems, also für die Etablierung einer Institution, ist die Erklärung dieses Regelsystems zu einem solchen. Diese deklarative Sprachhandlung ist die zentrale Konstituente in Searles Institutionentheorie, die Institution als Ergebnis mithin eines Akts sozialen sprachlichen Handelns darstellt. 'Sprachlich geschaffen' heißt in dem Modell Searles, durch deklarative Sprechakte geschaffen. Diese Deklaration geschieht unter der Bedingung kollektiven gesellschaftlichen Konsenses. Die Deklaration eines Sachverhalts, einer Person oder einer Gegebenheit zu einer Institution ist von der kollektiven Zustimmung, von der Akzeptanz derjenigen Gemeinschaft abhängig, an die die (zu schaffende, zu verhindernde etc.) Institution gerichtet ist. Diesen Konsens stellt Searle als gesellschaftliches Kontinuum dar, welches Verlässlichkeit, Erwartungssicherheit, geringe Abweichungstoleranz als ein wesentliches Konstituens von Institutionen bedeutet.

Die aus dieser Modellierung von Institutionalisierungsprozessen als deklarative Sprechakte resultierende Formel der konstitutiven Regeln, also derjenigen Regeln, die die Institution bestimmen, lautet bei Searle: „X gilt im Kontext K als Y“ (ebd., S. 22), womit kollektiv und konsensuell zugleich etwas als der Fall seiend erklärt wird (vgl. ebd., S. 145f.).¹ Diesem werden mit der Y-Position kollektiv anerkannte sprachlich repräsentierte sog. „Status-Funktionen“

¹ Dieser Vorgang entspricht dem von Felder als Sachverhaltskonstitution beschriebenen Akt (vgl. Felder 2015, S. 26f.).

zugeschrieben (vgl. ebd., S. 160f.). Diese Zuschreibungen geschehen kollektiv intentional. Voraussetzung für die Schaffung von Institutionen ist also die Absichtlichkeit ihrer Schaffung und ihres Fortbestands.

2.3 Die Erweiterung – Akteure als Institutionalierungsmanager

Kollektive Deklaration von Institution als Regelsystem, kollektive Intentionalität dieses deklarativen Sprechakts und kollektive Anerkennung der Status-Funktionen einer Institution sind die konstitutiven Instanzen von Institutionalierungsprozessen. Sie bringen die handelnden Personen, die Akteure, ins Spiel. Obwohl aber Akteure natürlich diejenigen Instanzen eines kollektiven diskursiven Institutionalierungsprozesses sind, die die Handlung der kollektiven intentionalen Deklaration ausführen, stellen sie in der Searle'schen Formel „X gilt im Kontext K als Y“ keine eigenständige Position dar.

Die Einbeziehung der Akteure in eine sprachgeschichtlich angelegte und auf einer Diskursanalyse basierten Institutionengeschichte ist unabdingbar: Aus der Sicht einer pragmatischen Sprachgebrauchsgeschichte ist sie unverzichtbar, denn diese ist erst dann valide, wenn Aussagen in Beziehung zu den Sprechenden gesetzt werden. Die Relation zu den Trägern des Wissens, das in Diskursen sprachlich erzeugt und verbreitet wird, mit ihrem je spezifischen Horizont, ihrer je spezifischen Weltsicht, ihrer je spezifischen Milieuprägung, lässt diskursive Veränderungen erkennen. Denn Akteure, genauer: das Agieren bestimmter Personen bzw. Personengruppen im Diskurs als Akteure sowie spezifische Akteurskonstellationen sind Umbruchphänomene – als am Diskurs neu oder nicht mehr Teilhabende, als dem Diskurs neu Gestalt Gebende oder nicht mehr Gestalt Gebende, als ihr Wissen neu oder nicht mehr Einbringende.

Zum ändern erfordert die Diskursperspektive die Berücksichtigung der Akteure, denn diese erzeugen Bedeutung und damit Wissen im Diskurs, indem sie intentional sprachlich handeln. Akteure sind „verstehensrelevante Wissens-elemente“ – erst zu wissen, „wer spricht“ (Foucault) ermöglicht Diskursverstehen und die Deutung von Aussagen in Diskursen. Insofern ein Diskurs durch gesellschaftliche Reproduktion entsteht, sind Akteure diese sozialen reproduzierenden Instanzen. Sie bilden aufgrund unterschiedlicher Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizonte und eines je spezifischen Selbstverständnisses zwar heterogen zusammengesetzte Gemeinschaften, die als solche komplexe Formationen bilden. Kohärenz erhalten diese Gemeinschaften aber über den thematischen Bezug. Die Referenz auf ein identisches Thema stellt eine Relation zwischen den Diskursbeteiligten und der seriellen sprachlichen Konstitution des Diskursthemas her. Die diskurslinguistische Kategorie des Akteurs entspricht der Konzeption einer im sozialen Raum handel-

den Instanz unter dem Zeichen einer thematisch zentrierten, in der Regel nicht face-to-face-, sondern indirekten kollektiven Kommunikation, die im Kontext der Schaffung von Sinn steht: Diskursbeteiligte konstituieren produzierend und verstehend Sinn und stellen damit einen Zusammenhang her zwischen allen sinntragenden Faktoren, die in einer Kommunikationskonstellation relevant sind.² Unter der Voraussetzung, dass Diskurs ein „Formationssystem von Aussagen [ist], das auf kollektives, handlungsleitendes und sozial stratifizierendes Wissen verweist“ (Spitzmüller/Warnke 2011, S. 9), ist also die Relevanz der Akteure und das sprachstrukturierende bzw. (Sozial-) Geschichte reflektierende Potenzial ihrer Diskursbeiträge im Sinn von Aussagen diskurskonstitutiv.

Beide Perspektiven also – die der pragmatischen Sprachgeschichtsschreibung und die der Diskursanalyse – sind zentrale Instanzen des Vorhabens einer sprachlichen Institutionengeschichte. Die handlungsorientierte Institutionentheorie Searles ist daher zu ergänzen um Akteur als derjenige Instanz, die die Funktion des Managements der institutionellen Wissensbestände ausübt. Im Rahmen einer Konkretisierung und Erweiterung des Searle’schen Modells, die dann erforderlich ist, wenn es auf bestimmte Diskurskonstellationen angewendet wird, muss, wenn Diskurs das Handlungsformat und wenn politische Prozesse der Gegenstand sind, die Akteursposition mit ihrer Funktion benannt werden. Akteure sind Spezifizierungen und Konkretisierungen der K-Position. „K“ meint bei Searle „Kontext“, so dass Akteure als Kontextfaktoren gelten können: Das Agieren von Akteuren in ihrer Zeit bildet den Zusammenhang, in dem Institutionalisierungsprozesse stehen. Denn Akteure sind nicht nur aufgrund unterschiedlicher Erfahrungs- und Wahrnehmungshorizonte je spezifisch im Diskurs Handelnde, sondern sie sind Handelnde in ihrer jeweiligen Zeit. Akteure schaffen zeitbedingte „institutionelle Tatsachen“. Wandel ist ein Kennzeichen von Institutionen, sie sind trotz scheinbarer Unveränderbarkeit „einem fortlaufenden Prozeß der Institutionalisierung und Entinstitutionalisierung unterworfen“ (Fuchs-Heinritz et al. 1995, S. 302). Dieser Wandel wird von Akteuren geschaffen: Eine gesellschaftliche Formation von Akteuren einer bestimmten Epoche bzw. zu einer bestimmten Zeit nimmt auf einen Sachverhalt kontrovers oder konsensuell sprachlich Bezug und konstituiert ihn auf diese Weise unter den jeweiligen historischen Bedingungen. Die Searle’sche Formel lautet also abgewandelt: „X gilt für A in t als Y“ und „A in t“ bedeutet: „Akteure in ihrer Zeit“. – So ist dann auch die Kategorie der Geschichtlichkeit in das, das 20. Jahrhundert umspannende, Institutionalisierungskonzept einzubeziehen. Geschichtlichkeit bezeichnet insofern die historische und gesellschaftliche Bedingtheit von Sachverhaltskonstitutionen in Diskursen generell und also auch von sprachlichen Repräsentationen von

² Vgl. dazu Felder (2015, S. 24) und Spitzmüller (2013, S. 65).

Institutionen und ihren Instanzen (also der Filler der Y-Position in der Formel „X gilt im Kontext K als Y“).

Unter den Bedingungen des diskursiven Raums lassen sich Rollen bzw. soziale Positionen von diskursiv handelnden Akteuren unterscheiden, die in Institutionalisierungsprozessen wirken, und zwar die der Gemeinschaften, die Diskurse reproduzieren und ihre Serialität, und damit die Stabilität der Wissensbestände bzgl. Institutionen, bewirken, und die der Eliten, die Diskursen Impulse geben und ihre Spezifik, damit auch die Spezifik von Institutionen und sie konstituierenden Wissensbeständen, ausmachen.³

Im Zuge von Institutionalisierungsprozessen sind Diskursgemeinschaften diejenigen Instanzen, die entweder, im Fall der Akzeptanzartikulation, die Deklaration einer Institution insofern sozusagen kollektiv auf Dauer stellen, als sie repetitiv auf die Institution referieren, oder, im Fall der Akzeptanzverweigerung, diese im für den Erfolg nötigen Kollektiv ausdrücken. Damit sind insbesondere Diskursgemeinschaften diejenige Instanz, die die (von der Elite gewünschte) Existenz von Institutionen oder die (von der Elite gewünschte) Abschaffung bzw. Nichtetablierung von Institutionen gewährleisten. Denn „der fortwährende Gebrauch der Institution und der institutionellen Tatsachen“ (Searle 2012, S. 176) mit der fortwährenden sprachlichen Repräsentation der Institution als existierend (vgl. ebd., S. 285) – also die Akzeptanz und ihr Ausdruck – ist ebenso existentiell wie die kollektive Infragestellung bzw. Akzeptanzverweigerung der Institution. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Diskursgemeinschaft diejenige Instanz ist, die die Existenz der Institution – unabhängig davon, in welchem Status (akzeptiert oder nicht akzeptiert) die Institution sich befindet – überhaupt gewährleistet.

Während die Akteure der Diskursgemeinschaft reproduzierende Funktion haben, haben Diskurseliten steuernde Funktion. Sie versehen den Diskurs mit Innovationen, beenden ihn ggf. auch. Sie sind die „Wortführer“ und Impulsgeber im Kontext einer sprachlichen, die Institutionalisierungsprozesse von Demokratie im 20. Jahrhundert rekonstruierenden Umbruchgeschichte. Im Zuge von Institutionalisierungsprozessen sind Eliten eines Diskurses diejenigen, die die Y-Positionen der Formel „X [Demokratie] gilt für A [Akteur] in t [einer bestimmten Zeit] als Y“, also die den Wissensbestand ausmachenden Statusfunktionen von Institutionen, bestimmen. Sie geben die Gestalt von Institutionen im Sinn von Wissensbeständen vor und bieten sie im Diskurs der Gemeinschaft zur Zustimmung oder Ablehnung an. Im Zuge von Entinstitutionalisierungsprozessen sind die Diskurseliten diejenigen, die den Verweigerungsimpuls geben. Es sind in diesem Zusammenhang diejenigen, die der In-

³ Konsumenten eines Diskurses (die Diskurse passiv rezipieren ohne sprachlichen Ausdruck) wirken indirekt, insofern die Akteure sie antizipieren, sollen aber hier und jetzt unberücksichtigt bleiben.

stitution die Zustimmung verweigern und deren Stimme (i.S.v. „voice“) derart mächtig ist, dass die Akteursgemeinschaft den Impuls aufnimmt und eine kollektive Akzeptanzverweigerung inszeniert.

Die Diskursgemeinschaft ist im Zuge dieses Prozesses – wenn er erfolgreich verläuft – diejenige Instanz, die die Impulse der Eliten aufnimmt, reproduziert und perpetuiert und damit das Ereignis des Umbruchs auf die Ebene des Kontinuums hebt (siehe dazu das Fazit).

3. Das Modell – angewendet

Wenn nie kollektiv über Demokratie als existierend gesprochen wird, gibt es sie nicht, wenn Demokratie kollektiv nie dauernd und machtvoll in Frage gestellt bzw. ihre Abschaffung propagiert wird, bleibt sie unverändert bestehen. So erklären sich Demokratiediskurse des 20. Jahrhunderts: Wenn z.B. nicht die, die Demokratie als Institution etablierende Diskurselite der frühen Weimarer Republik 'Demokratie' unentwegt zustimmend zum Gegenstand der politischen und gesellschaftlichen Kommunikation gemacht hätte, wäre sie nicht existent gewesen. Dann nämlich hätten die Demokratiegegner, also die Akzeptanzverweigerer von rechts und links (NSDAP, DNVP, KPD) von Beginn an die Diskurshoheit inne gehabt, dann wäre Demokratie verhindert worden, dann wären bereits 1918/19 die Verweigerungsbeteiligten so mächtig gewesen, wie sie 1933 dann waren.

Indem auf der Ebene der Diskurselite initiativ zustimmend oder ablehnend, auf der Ebene der Diskursgemeinschaft repetitiv zustimmend oder ablehnend über Demokratie gesprochen wird, wird die Institution insofern diskursiv etabliert bzw. stabilisiert oder demontiert, werden auf jeden Fall die Demokratie bezogenen Wissensbestände verändert. Mit anderen Worten: Die Umbruchanalyse aus der Diskursperspektive macht sichtbar, welche Akteure des politischen Diskurses mit welchen Wissens-elementen das Wissenssystem 'Demokratie' als Institution konstituieren, macht mit anderen Worten Versprachlichungen, linguistische Konstruktionen von 'Demokratie' sichtbar.

Eine Abbildung des Prozesses der Demokratisierung im 20. Jahrhundert auf dem Raster der Umbrüche von 1918ff., 1945ff., 1967ff., die wir als Institutionalisierungsschübe verstehen (und denen die Umbrüche von 1933 und von 1989 hinzuzufügen sind), entspricht einer zeitgeschichtlichen Modellierung der Institutionengeschichte. Zeitgeschichte, als eine Perspektive, die sozusagen ein Kontinuum historischer Gültigkeiten nachvollzieht und die Demokratie zum Gegenstand hat, beschreibt damit Prozesse der Schaffung und der Tradierung von Instanzen, die der Institution 'Demokratie' im Verlauf des 20. Jahrhunderts als Status-Funktionen zugeschrieben bzw. abgesprochen werden, sie damit stabilisieren bzw. destabilisieren.

3.1 Akteure der Demokratiediskurse

Akteure in ihrer Zeit werden mit Bezug auf die Searle'sche Formel wie gesagt als Spezifizierungen der K-Position verstanden und sind diejenigen Bedingungsinstanzen, die sozusagen die Qualität der Y-Position bestimmen. Insofern Demokratisierungsverläufe Institutionalisierungsprozesse sind, stellen sich also Demokratisierungsverläufe als Summe kollektiver deklarativer Akte dar, die akteurs- und epochenbedingt mit je spezifischen sprachlichen Mitteln realisiert werden. Die entsprechende Formel lautet „Demokratie zählt als Y für A in der Zeit/zum Zeitpunkt t.“ Sie gibt die explizite Version des Akteure in ihrer Zeit einbeziehenden Institutionalisierungsakts von Demokratie an. Sie wird in den Demokratiediskursen des 20. Jahrhunderts als Konstruktion grammatisch-semantischer Muster sowohl mehr oder weniger in dieser Explizitheit als auch implizit realisiert. Und: Demokratie wird hinsichtlich der Y-Position variationsreich und ideologisch geprägt institutionalisiert. Das ist der Gegenstand einer sprachlichen Demokratiegeschichte des 20. Jahrhunderts.

Mit Bezug auf die Demokratisierungsprozesse des 20. Jahrhunderts sind Diskurseliten diejenigen, die die Institution 'Demokratie' hinsichtlich ihrer Beschaffenheit im positiv-zustimmenden oder im negativ-ablehnenden Sinn konturieren und profilieren, sie sind diejenigen, die nicht nur Zustimmung- oder Nichtanerkennungsimpulse geben, sondern sie sind auch diejenigen, die die Diskursgemeinschaft hinsichtlich ihrer Haltung steuern und deren Handeln im Institutionalisierungsprozess beeinflussen. Sie sind, mit anderen Worten, die „voice“ (Blommaert) der deklarativen Konstituierung oder Nicht-Konstituierung von Demokratie:

- Der Diskurs der frühen Weimarer Republik (1918-1925) ist hinsichtlich seiner Akteure dadurch gekennzeichnet, dass neu die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Linken, also der Arbeiterführer, als demokratisch gewählte und mit politischen Gestaltungsaufgaben verantwortlich betraute Politikerinnen und Politiker agieren. Dieser Umbruch hat einen Gender- und einen Milieu-Aspekt: Die Beteiligung von Frauen ist aufgrund des neuen Wahlrechts insofern Umbruchindikator, als erstmals Frauen wählen dürfen und wählbar sind. Die Beteiligung der politischen Linken ist aufgrund eines neuen Wahlrechts insofern Umbruchindikator, als das Wahlrecht ohne Einschränkungen gilt, was bedeutet, dass das gesamte Milieu der Arbeiterschaft wahlberechtigt ist. Dieses Milieu war bis 1918 zwar am Diskurs nicht unbeteiligt, hat aber erst seither mit politischer Macht zu handeln ausgestattete Kompetenz. Die bis 1918 den Diskurs bestimmenden Vertreter der konstitutionellen Monarchie dagegen haben keine diskursbeherrschende Funktion mehr.

- Der Schulddiskurs der Jahre 1945 bis 1955 ist ein in sich heterogener Komplex, bestehend aus drei Sprecherperspektiven, wie sie, aufgrund disparater gesellschaftlicher Rollen, politischer Überzeugungen und Machtressourcen, unterschiedlicher nicht sein können. Die gesellschaftlich-politische Konstellation der ersten Nachkriegsdekade, die natürlich einen Effekt der Nazizeit bildet, ist – als Konstellation derjenigen, die je spezifisch den Diskurs sprachgeschichtlich prägen – anders nicht zu denken. Die Differenzierung der Nachkriegsgesellschaft in ‘Opfer’, ‘Täter’ und ‘Nichttäter’ und ihre Rolle im Diskurs ist ein Umbruchphänomen: Opfer, die in der NS-Zeit vom Diskurs ausgeschlossen waren, haben nunmehr die Möglichkeit anzuklagen. Täter, die in der NS-Zeit den Diskurs bestimmt haben, können sich lediglich verteidigen, haben also keine Diskurshoheit mehr. Nichttäter, die in der NS-Zeit mehr oder weniger freiwillig geschwiegen haben, gestalten ab 1945 den Diskurs. Sie sind es, die die Institution der Nachkriegsdemokratie etablieren und hinsichtlich ihrer Status-Funktionen bestimmen (siehe dazu Kap. 3.2).
- Der Diskurs der späten 1960er Jahre wird für kurze Zeit bestimmt von der studentischen und intellektuellen Linken, mit ihrem spezifischen Habitus, ihren spezifischen Kommunikationsformen und nicht zuletzt ihrem spezifischen Vokabular, das den Diskurs dieser Jahre kennzeichnet. Die Konstellation der späten 1960er Jahre ist eine prinzipiell andere als die von 1918 und von 1945: Es wird nicht ein politisches Herrschaftssystem durch ein anderes abgelöst, es werden nicht die Akteure ausgetauscht – die parlamentarische Demokratie der Nachkriegszeit wird fortgesetzt, ihre politisch Verantwortlichen bleiben dieselben. Aber: Der intellektuellen und der studentischen Linken gelingt es, den Diskurs – auch sprachlich – für eine begrenzte Zeit als „voice“ (Blommaert) derart zu bestimmen, dass ihr sprachlicher Ausdruck als Umbruchphänomen gelten muss.

3.2 Status-Funktionen von Demokratie – exemplarisch

Explizite Versionen des Institutionalierungsakts „X gilt als Y in K“ werden in der demokratiegeschichtlich höchst bedeutsamen normativen *Demokratie ist*-Konstruktion realisiert. Nachfolgend wird am Beispiel der Nachkriegszeit 1945ff. gezeigt, mit welchen Füllern die Akteure der Diskurselite die Formel „X“, also „Demokratie“ „gilt für A in t als Y“ konkretisieren.

Exemplarisch schauen wir uns den Demokratiediskurs der westlichen Beteiligten in der Konstituierungsphase nach 1945 an. Diese Beteiligten hatten vor dem Hintergrund der politischen Verhältnisse keine Alternative, als das Thema „Demokratie“ diskursiv konstruktiv zu bearbeiten, das sie mit der Ligatur von *Demokratie* und *Schuld* mit einem moralisierenden Akzent, mit der Liga-

tur von *Demokratie* und (*christliches*) *Abendland* mit einem geistesgeschichtlichen Akzent versehen. Unter dieser Voraussetzung ist erwartbar, dass Demokratie als Institution in der Nachkriegszeit von 1945ff. typischerweise in grammatisch-semantischen Konstruktionen repräsentiert wird, die formal apodiktisch-explicit (im Sinn der Searle'schen Formel), inhaltlich einerseits ethisch, andererseits parteipolitisch besetzt sind.

Diese Konstruktionen reflektieren als seriell signifikant nachweisbare, formal wie semantisch typische zeitspezifische Formeln Zeitgeschichte. Sie sind insofern als Zeitrepräsentationen in ihrer Musterhaftigkeit als grammatische Konstruktionen zu interpretieren und zu modellieren, deren Typik und Musterhaftigkeit sich außerdem in ihrer Produktivität, d.h. in der Erschließung einer Vielzahl von Slotbesetzungen zeigt.⁴ Als Sprachhandlung betrachtet sind die normativen syntaktischen *Demokratie*-Konstruktionen der frühen Nachkriegszeit die idealtypischen Entsprechungen der von Searle als Grundform von Institutionalisierungsakten bezeichnenden Deklarativa. Denn wenn es eine Konstruktion gibt, die den Demokratiediskurs der Nachkriegszeit von 1945ff. in sprachgeschichtlichem Sinn kennzeichnet, dann ist es das grammatische Muster „x ist y“, das einen Gleichsetzungsnominativ oder eine Prädiizierung realisiert. Es ist gleichzeitig die verdichtete und reduzierte Version der Searle'schen Formel.

Die Frage zu dieser Formel lautet: „Was ist Demokratie für die, Gesellschaft und Staat wiederaufbauende Diskurselite von 1945ff.?“ Die Akteure schaffen, konstruktionsgrammatisch gesprochen mit dem Muster *Demokratie ist x* ein Wissenssystem 'Demokratie', indem sie die Bezugsstelle *Demokratie* mit zeitspezifischen Prädikationen versehen. Die Antworten auf diese Frage entfalten die Elemente des Wissenssystems. Als Konstruktionen sind sie definitonische Festschreibungen, sie formulieren Gewissheiten, haben normativen Charakter und präskriptive Funktion. Das entspricht dem gesellschaftlich-politischen Kontext von 1945: Die Diskursbeteiligten, die in dieser Weise *Demokratie* aktualisieren, haben einen gesellschaftspolitischen Auftrag: den deutschen als einen demokratischen Staat zu errichten. Insofern sind sie, gleich welcher politischen Richtung, auf Demokratie gestimmt und haben die kommunikative Aufgabe, diese Einstellung ihren Zeitgenossen zu vermitteln. Das geschieht formal mit der suggestiv-apodiktischen Konstruktion *Demokratie ist x*, semantisch mit spezifischen Fillern des Slots x, denen gemeinsam ist, dass sie *Demokratie* einerseits in einem überpolitisch-lebenswirklichen, andererseits in ideologischem Sinn konzipieren.

⁴ Vgl. zur Produktivität von Konstruktionen Ziem/Lasch (2013, S. 105).

Wenn die Filler aus entpolitisierten bzw. nicht-politischen Wortschatzbereichen stammen, wird ein überpolitisches Demokratieverständnis ausgedrückt, welches die Bedeutung spiegelt, die Demokratie für die Diskursteilnehmer als geistige Haltung hat. Ihr Anliegen im Zuge des nachkriegsdeutschen Demokratisierungsprozesses ist es, ihre Zeitgenossen davon zu überzeugen, dass sich Demokratie nicht auf Formalien oder auf vereinzelte Akte demokratischen Handelns beschränkt. Damit wäre – nach den sehr präsenten Erfahrungen mit der Weimarer Republik – kaum eine Nachkriegsdemokratie auf den Weg zu bringen, die Stabilität und Nachhaltigkeit verspricht. Das aber ist Voraussetzung für eine deutsche Zukunft: die Institution einzuführen, ihr allgemeine und stetige Akzeptanz zu verschaffen, sie zu verstetigen. So erklärt sich die Formel *Demokratie ist eine Lebensform*.⁵

Vielleicht wichtigste Strategie bei der Vermittlung eines nachkriegsdeutschen Demokratieverständnisses ist in diesem Zusammenhang die Ethisierung der Institution, die mit der entsprechenden Besetzung der Y-Positionen realisiert wird. *Demokratie* ist ethisch-moralische Kategorie in Wendungen wie:

Demokratie ist

die Bejahung jedes Menschen und jeden Volkes in seinem Wert und seiner Würde; ein ethisch-geistiges Verhalten; eine Weltanschauung, die wurzelt in der Auffassung von der Würde eines jeden Menschen; die politische Form, in der die Achtung der Person Grundsatz geworden ist.

Bei allem Grundkonsens, der hinsichtlich dieser universal-ethischen konzeptuellen Ausstattung des Bekenntnisses zur Demokratie herrschte, gehört zum Wesen des politischen Nachkriegsdiskurses außerdem, dass parteilich bzw. weltanschaulich festgelegte Zeitgenossen mit entsprechenden Fillern der Y-Position absolute Ansprüche erheben. Im Zuge des nachkriegsdeutschen Demokratiediskurses vereinnahmt man *Demokratie* insofern natürlich auch für die jeweils eigene Position und spricht damit gleichzeitig implizit anderen Richtungen jeglichen Anteil an demokratischen Prinzipien ab. So wird der Y-Slot mit Weltanschauung bezeichnenden Fillern versehen, die sozialdemokratisch-sozialistischen oder christdemokratisch-konservativen Programmen entsprechen:

Die Demokratie ist

untrennbar von Begriff und Ethik des Sozialismus; nichts anderes als der Sozialismus; eine Weltanschauung, die das Christentum entwickelt hat.

⁵ Die nachfolgenden Belege sind authentisch und stammen aus dem digitalisierten Korpus zum Projekt „Schulddiskurs 1945 bis 1955“ (siehe Kämper 2005, 2007). Das Quellenverzeichnis findet sich unter www.owid.de/wb/disk45/projekt/quellenverz.html.

Die Produktivität der Konstruktion drückt sich darüber hinaus nicht nur in der Y-Vielfalt aus, sondern auch in einer Vielzahl von formalen Konstruktionsvarianten wie *Demokratie ist kein Y* oder *Demokratie ist mehr als Y*. In formaler Hinsicht haben wir es stets mit dem Aussagemuster Nomen + Prädikat bzw. Nomen + Negation + Prädikat zu tun. D.h.: Über *Demokratie* wird in der Konstruktion einer definitorischen Gleichsetzung bzw. Präzisierung eine sie positiv oder negativ bestimmende Aussage gemacht.

In semantischer Hinsicht, also bzgl. der Filler dieser Varianten, erkennen wir: Abgesehen davon, dass das Wissenssystem 'Demokratie' mit ideologischen Elementen (*Sozialismus, Christentum*) ausgestattet wird, wird es zum einen versehen mit Elementen, die über die Konstruktion derart eine Gleichheitsbeziehung herstellen, dass *Demokratie* ethische Eigenschaften zugeschrieben werden (*Bejahung jedes Menschen, ethisch-geistiges Verhalten*). Zum andern werden in den Konstruktionen dann Elemente von Voraussetzungswissen benannt, wenn deren Existenz als das Wissenssystem 'Demokratie' unvollständig ausstattend markiert werden (*keine bloße Angelegenheit von Staat zu Staat, nicht nur eine Staatsform/Wählerstatistik/Rechenverfahren etc.*).

4. Fazit – Was sind sprachliche Umbrüche des 20. Jahrhunderts?

Eine sprachliche Umbruchgeschichte des 20. Jahrhunderts kann diverse Erkenntnisinteressen haben. Das der Sprachgeschichte (im Sinn einer pragmatischen Sprachgebrauchsgeschichte) fokussiert Zäsuren der Gesellschaftsgeschichte, um synchronisch erlangte punktuelle Befunde synchronisch zu beschreiben und diachronisch-sprachgeschichtlich zu bewerten. Eine sprachliche Umbruchgeschichte ist mithin methodisch gesehen eine Symbiose aus synchronischer, sozusagen ereignisbezogener Darstellung und diachronischer, das sprachliche Kontinuum fokussierender Bewertung. Insofern das Motiv der Untersuchung das politischer gesellschaftlicher Umbrüche darstellt, bewegt sich die Analyse im Grenzbereich zwischen Politik- und Geschichtswissenschaft einerseits, Sprachwissenschaft andererseits. Damit lässt sich das Konzept auch als linguistische Geschichtsforschung verstehen, denn sein Erkenntnisziel besteht in der diskurs- und sprachgeschichtlichen Sicherung solcher sprachlicher Sachverhalte, deren Beschaffenheit in unmittelbarem Zusammenhang mit historischen (gesellschaftlichen, politischen) Veränderungen steht. Im Sinn einer linguistischen Geschichtsforschung wird sprachbezogene Geschichte erzählt.

Wann sind sprachliche Phänomene in diesem Sinn sprachgeschichtlich als Umbruch zu bewerten? Sprachliche Umbrüche von sprachgeschichtlichem Wert werden durch solche Phänomene geschaffen, die auf (gewisse) Dauer gestellt sind. Es sind Phänomene, die nicht kurzfristig, temporär oder transi-

torisch einen Diskurs sprachlich prägen, sondern solche, die als Beginn eines sprachlichen Kontinuums gelten können. Nur unter dieser Voraussetzung haben sie sprachgeschichtlichen Wert. Insofern sind die im Diskurs der repräsentierten, die Zuschreibung von Status-Funktionen jeweils dokumentierenden Elemente von Demokratie-Konzepten sprachgeschichtlich als einen Konzept-Wandel anzeigender Beginn einer Traditionsbildung zu bewerten. Es sind dies solche Repräsentationen von Wissensbeständen, die vom Status des akzidentellen in den des institutionellen Wissens gelangt sind. Diese Veränderungen des Handlungsziels 'Demokratie' geschehen in demokratiegeschichtlichen Umbruchzeiten. Einen Umbruch anzeigende Elemente sind solche, die von der Ebene des Ereignisses auf die Ebene der Tradition, der Kontinuität gelangen, um Elemente m.a.W., die seit ihrer Erscheinung sozusagen zum 'Kanon' gehören.

Aus dem Beispiel der Nachkriegskonzeption von 'Demokratie' lässt sich ableiten: Der Demokratiediskurs der nachkriegsdeutschen Diskurselite ist der kollektive binnendeutsche Beitrag zu einer gesellschaftlichen Demokratisierung und Verrechtlichung, die Demokratie institutionalisierenden Konstituenten sind die seit 1945 gültigen sprachlichen Realisationen des Humanismus und der Grundwerte der Demokratie.

5. Literatur

- Felder, Ekkehard (2015): Sprache – Erkenntnis – Handeln. Hrsg. Ekkehard Felder und Andreas Gardt. (= Handbücher Sprachwissen 1). Berlin/Boston, S. 3-33.
- Fuchs-Heinritz, Werner et al. (1995): Lexikon zur Soziologie. 3. völlig neu bearb. u. erw. Aufl., durchges. Nachdruck. Opladen.
- Kämper, Heidrun (2005): Der Schuldiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. (= *Studia Linguistica Germanica* 78). Berlin/New York.
- Kämper, Heidrun (2007): Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum Schuldiskurs 1945–1955. Berlin/New York.
- Kämper, Heidrun (2008): Sprachgeschichte – Zeitgeschichte – Umbruchgeschichte. Sprache im 20. Jahrhundert und ihre Erforschung. In: Kämper, Heidrun/Eichinger, Ludwig M. (Hg.): Sprache – Kognition – Kultur. Sprache zwischen mentaler Struktur und kultureller Prägung. (= *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Sprache* 2007). Berlin/New York, S. 198-224.
- Kämper, Heidrun (2011a): Aspekte des Demokratiediskurses der späten 1960er Jahre. Konstellationen – Kontexte – Konzepte. (= *Studia Linguistica Germanica* 107). Berlin/Boston.
- Kämper, Heidrun (2011b): Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche. Zum Verhältnis von Zeitgeschichte und Sprachgeschichte. In: Bock, Bettina/Fix, Ulla/Pappert, Steffen (Hg.): Politische Wechsel – sprachliche Umbrüche. (= *Sprachwissenschaft* 8). Berlin, S. 31-50.

- Kämper, Heidrun (2013): Wörterbuch zum Demokratiediskurs 1967/68. Unter Mitwirkung von Elisabeth Link. Berlin.
- Kämper, Heidrun (2014): Demokratisches Wissen in der frühen Weimarer Republik. Historizität – Agonalität – Institutionalisierung. In: Kämper, Heidrun/Haslinger, Peter/Raithel, Thomas (Hg.): Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik. (= Diskurs-Muster – Discourse Patterns 5). Berlin/Boston, S. 19-96.
- Mell, Ruth (2015): *Vernunft, Mündigkeit, Agitation*. Eine diskurslinguistische Untersuchung zur Generierung und Strukturierung von Wissen über das Konzept 'Aufklärung 1968'. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 16). Bremen.
- Searle, John R. (2012): Wie wir die soziale Welt machen. Die Struktur der menschlichen Zivilisation. Frankfurt a.M.
- Seidenglanz, Melanie (2014): Wer hat uns verraten? Zur sprachlichen Konstruktion des Verratsdiskurses im linken Parteienspektrum der frühen Weimarer Republik. (= Sprache – Politik – Gesellschaft 15). Bremen.
- Spitzmüller, Jürgen (2013): Diskurslinguistik und Stilistik: Gemeinsame Wege zur sozialen Praxis. In: Roth, Kersten S./Spiegel, Carmen (Hg.): Angewandte Diskurslinguistik. Felder, Probleme, Perspektiven. (= Diskursmuster – Discourse Patterns 2). Berlin, S. 61-71.
- Spitzmüller, Jürgen/Warnke, Ingo H. (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston.
- Ziem, Alexander/Alexander Lasch (2013): Konstruktionsgrammatik. Konzepte und Grundlagen gebrauchsbasierter Ansätze. (= Germanistische Arbeitshefte 44). Berlin/Boston.